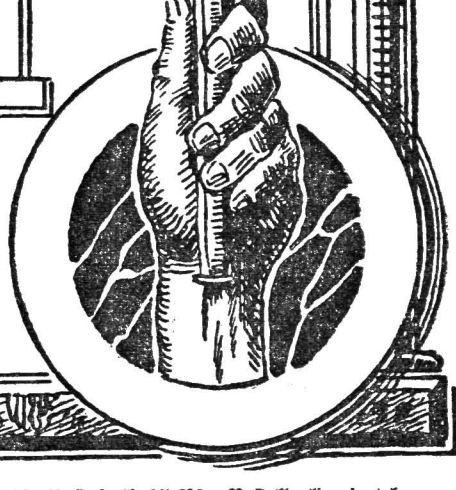
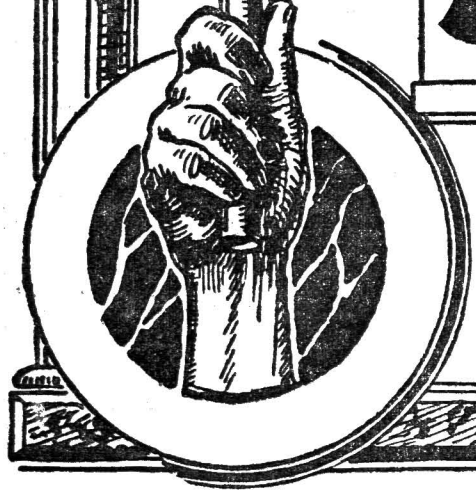


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Verleger:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

N. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 41.

Sonnabend, den 10. Oktober 1903.

7. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Osterwald. Die Lohnbewegung ist beendet; es kam ein neuer Lohntarif zu stande.

Gardheim. Der Ausstand wurde am 1. Oktober beendet.

Dresden. Bei der Firma Stein wurde den Granithauern am 29. September der Tarif gekündigt.

Dietesheim. Bei der Firma Krebs in Dietesheim a. M. streifen die Pflastersteinarbeiter. Die gemachten Einigungsversuche blieben erfolglos.

Zur Vereinfachung der Arbeiterversicherung.

Wieder einmal sind die „maßgebenden Kreise“, d. h. diejenigen, welche die Macht in Händen haben, gezwungen, zuzugeben, daß eine von ihnen heißbekämpfte sozialdemokratische Forderung richtig und ihre Durchführung dringend notwendig ist. Wie sind doch noch bei den letzten Wahlen unsere Gegner damit krebren gegangen, daß sie uns des schändlichsten Volksbetrugs bezichtigten, weil wir bei Einführung der Arbeiterversicherung gegen jene Gesetze stimmten. Natürlich — unsere Gründe verschwiegen sie, sonst hätten sie ja bei den Wählern das Gegenteil dessen erreicht, was sie erstrebten: die Arbeiter würden vollinhaltlich unsere ablehnende Stellung entgegennehmen, unsere Kritik für berechtigt und noch heute für zutreffend erklärt haben. Namentlich ein Grund war es, der unsere Genossen im Reichstag eine ablehnende Stellung gegen die Bismarckschen Versicherungsexperimente einnehmen ließ: die ungeheure Vielgestaltigkeit der Versicherung selbst, ihre Zerstückelung in verschiedene Gruppen und die dadurch notwendig hervorgerufene Zersplitterung der Leistungsfähigkeit auf der einen, der Verteuerung der Verwaltung auf der anderen Seite. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und dadurch Vereinfachung der Verwaltung, wie Erhöhung der Leistungsfähigkeit war die von uns erhobene Forderung der anfänglich alle andern Parteien ablehnend gegenüberstehenden. Unser Münchner Parteitag, auf dem die Frage der Arbeiterversicherung erörtert wurde, nahm deshalb eine Resolution an, in der die „Vereinheitlichung der Versicherung“ gefordert wird.

Jetzt kommt ein hervorragender Fachmann aus Regierungskreisen und beweist, wie recht wir haben. Der kaiserliche Geheime Regierungsrat, Senatsvorsitzender im Reichsversicherungsamt, Dr. Zacher, bringt in Nr. 24 der Zeitschrift Die Arbeiterversicherung (vom 21. August d. J.) einen trefflichen Artikel „Zur Vereinfachung der Arbeiterversicherung“, in dem er eine Zusammenlegung aller Versicherungsarten für eine unabweisbare Aufgabe erklärt. Bei Verabschiedung der letzten Krankenkassennovelle vom 30. April d. J. hatte der Reichstag einstimmig eine dahingehende Resolution angenommen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die drei Versicherungsarten (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung in eine organische Verbindung zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungsgesetze in einem einzigen Gesetze zu vereinigen seien.“

Zacher kritisiert zunächst die Vielgestaltigkeit der heutigen Organisationsformen, die nicht bloß in der Dreiteilung der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), sondern auch in jedem einzelnen Versicherungszweige zum Ausdruck kommen. — Die Krankenversicherung zählte sieben verschiedene Kassentypen und über 23000 Einzelkassen, die Unfallversicherung 65 gewerbliche, 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und über 400 staatliche bzw. kommunale Ausführungsbehörden, die Invalidenversicherung 31 Versicherungsanstalten und 9 besondere Kasseneinrichtungen.

Diese Vielgestaltigkeit erschwert zunächst die Popularisierung der Versicherungsgesetze, wofür Zacher mit Recht auf die stets zunehmende Inanspruchnahme der Arbeitersekretariate und Volksbüros und sonstiger Auskunftsstellen hinweist! Leider werden sie von den Arbeitern noch viel zu wenig in Anspruch genommen — in kleineren Orten und auf dem Lande bestehen sie überhaupt nicht — von den „Rentenstellen“, die beim Invalidenversicherungsgesetz geschaffen wurden, hört man nichts; der größte Teil der Versicherten steht ratlos und hilflos dem Kaudelmedium der zahlreichen Bestimmungen gegenüber und bei der Unfallversicherung hat er gar noch in den Berufsgenossenschaften zähe, mit allen Hilfsmitteln der Rechtskunde ausgerüstete Gegner, die ihm seine Ansprüche streitig machen! Die Revision der Gesetze hat deren Kompliziertheit noch gesteigert; bei der Krankenversicherung ist der Zustanzgenug „ein derart verworrenes, daß es selbst dem geschulten Beamten oft schwer fällt, das Richtige herauszufinden“. Zacher weist auch darauf hin, daß der Kom-

mentar Woodkes zum Krankenversicherungsgesetz „lediglich zur Erläuterung des die Rechtsmittel behandelnden § 58 nicht weniger als 13 mit Anmerkungen eng bedruckte Seiten verwendet“.

„Hiernach kann es nicht überraschen.“ schreibt der Senatsvorsitzende im Reichsversicherungsamt, „wenn sich nicht bloß Arbeiter, sondern auch Arbeitgeber, Orts-, Polizei- und Verwaltungsbehörden, Ärzte, selbst Rechtsanwälte sich mit der sozialpolitischen Gesetzgebung häufig nur wenig oder gar nicht vertraut zeigen, ja, daß es auch heute noch Leute und Ortschaften gibt, die von der Existenz einer solchen Gesetzgebung kaum eine Ahnung haben“.

Aber nicht allein, daß die Zersplitterung der Versicherungsgesetzgebung diese schwer verständlich und dadurch zahlreichen Versicherten die Ausnützung ihrer Rechte unmöglich macht, führt sie auch zu einer „volkswirtschaftlichen Verschwendung“, wie Zacher es schonungslos und zutreffend bezeichnet. Nicht weniger wie 35 Millionen Mark gehen jährlich an Verwaltungskosten drauf, trotzdem Hunderttausende von Privatpersonen ehrenamtlich und sämtliche Behörden unentgeltlich mitwirken. Wie eine Vereinfachung verbilligend wirkt, dafür stellt Zacher als Beispiel die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend auf. Hier wird für 135000 Versicherungspflichtige „in anerkannt mustergültiger Weise“ von nur einer Krankenkasse gefordert, während in Berlin für eine kaum viermal größere Arbeiterschaft 155 Einzelkassen mit ebenso vielen verschiedenen Verwaltungen vorhanden sind!

Bei Beratung der Krankenversicherungsnovelle in diesem Jahre betonten unsere Redner, daß in erster Linie wenigstens eine Vereinfachung der Krankenversicherung erforderlich sei und daher die jetzt bestehenden verschiedenen Arten von Krankenkassen durch eine einzige ersetzt werden müßten. Dann würden auch die Kassen in der Lage sein, infolge der Erparnisse, die sie an der Verwaltung machen, für die Kranken und auch für die Ärzte bessere Bedingungen zu schaffen. Zacher bestätigt dies. „Gegenwärtigen wir uns“, schreibt er, „daß die zur Zeit bestehenden 23000 Krankenkassen durchschnittlich kaum 430 Mitglieder zählen und daß gleichwohl jede dieser Kassen mit noch so kleiner Mitgliedschaft ihren eigenen Verwaltungsapparat besitzt, daß die Gesamtzahl dieses Verwaltungspersonals an die hunderttausend zu veranschlagen ist, ferner, daß die Unfallversicherung — ganz abgesehen von der Mitwirkung der 425 „Ausführungsbehörden“ — mit ihren 113 Berufsgenossenschaften 3930 Sektionen — neben einer großen Beamtenschar, deren Gehälter über 5 Millionen Mark jährlich erfordern, rund 7000 (Genossenschafts- und Sektions-) Vorstandsmitglieder und 26260 (örtliche) Vertrauensmänner aufzuweisen hat, und endlich, daß die Invalidenversicherung — abgesehen von der weitgehenden Mitwirkung der untern Verwaltungsbehörden und von den mit der Unfallversicherung gemeinsamen, über 7000 Beijäger zählenden (124) Schiedsgerichten — mit ihren 31 Landesversicherungsanstalten und 9 besonderen Kasseneinrichtungen neben 3000 Beamten verschiedener Art gegen 1000 Vorstands- und Ausschußmitglieder, 12380 Beijäger (bei den untern Verwaltungsbehörden), 5000 Markenverkaufsstellen und über 7000 Beitragseinzugsstellen in Anspruch nimmt, so ergibt sich alles in allem ein Verwaltungspersonal von kaum weniger als einer Viertelmillion bei insgesamt rund 13 Millionen versicherter Arbeiter bzw. Betriebsbeamten und 5 Millionen (nur gegen Unfall) versicherter Unternehmer.“

Eine vereinfachte Organisation würde nicht nur weniger Personal brauchen und geringere Unkosten verursachen, sondern auch sehr viel schneller arbeiten, wie sich dies bei den zentralisierten Ortskrankenkassen erweist. Dazu kommen noch die unaussprechlichen Reibungen zwischen den einzelnen Verwaltungsorganisationen, durch die es dem Versicherten erschwert wird, seine Ansprüche durchzusetzen.

Zacher kommt zu dem Schluß, daß „die gegenwärtige Vielgestaltigkeit und Zersplitterung in der Organisation der Arbeiterversicherung ein ernstes Hindernis bildet, ihre Leistungen entsprechend den neuzeitlichen Aufgaben und Anforderungen intensiver auszugestalten, ohne deshalb die Gesamtlasten zu erhöhen. Es ist gewiß kein Zufall, daß die bahnbrechenden Fortschritte auf prophylaktischem und therapeutischem Gebiet lediglich den größeren und leistungsfähigeren Versicherungsträgern zu verdanken sind, wie z. B. der bereits erwähnten Leipziger Ortskrankenkasse, der Knappschäfts-Verufsgenossenschaft, der Berliner Landesversicherungsanstalt u. a. m.“

Unsere Fraktion wird sicherlich in der neuen Legislaturperiode darauf hindrängen, daß die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung endlich durchgeführt wird; sie kann sich, wenn wie üblich vom Regierungskreis das „Immer langsam voran“ als Leitmotiv ertönt, auf Zacher berufen, der ausdrück-

lich erklärt, daß „die Lösung dieser Aufgabe, je länger sie aufgeschoben wird, umso schwieriger wird,“ ferner aber „die Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung zugleich die Vorbedingung für ihren weiteren Ausbau und die Angliederung der Witwen- und Waisenversicherung bedeutet.“

Auch die „Arztfrage“ wird sich dann befriedigend lösen lassen. Die Kritik, die Zacher an dem gegenwärtigen Zustande übt, ist vollkommen zutreffend. Jetzt habe jeder Versicherte, jede Krankenkasse, jede Berufsgenossenschaft, jede Versicherungsanstalt und jedes Schiedsgericht ihre eigenen „Vertrauensärzte“, die im Entschädigungsverfahren gegeneinander ausgespielt werden. Das verzögere und verteuere die Entscheidungen ganz unnötig. „Die praktischen Erfahrungen drängen daher immer mehr auf eine organische Angliederung der Ärzte, insofern sie für den laufenden ärztlichen Dienst der Arbeiterversicherung benötigt sind und durch den Nachweis einer gründlichen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung sich auch geeignet zeigen. Eine zweckentsprechende Organisierung dieses ärztlichen Dienstes würde jene Mißstände beseitigen und die Honorierung der ärztlichen Leistungen nach den Mindestsätzen der staatlichen Taxen, wie die Ärzte solches seit Jahren erstreben, unschwer erreichen lassen.“

Inwiefern das letztere möglich und notwendig ist, bleibe dahingestellt; sicher wird aber die Honorierung der Ärzte wie ihre ganze Stellung innerhalb der Versicherung eine bessere werden, wenn durch die Vereinheitlichung der Versicherung alle jene Zwischeninstanzen gefallen sind, die heute hemmend und verteuern auf die Leistungen der Versicherungsanstalten einwirken.

Wichtigstellung. Im Leitartikel der vorigen Nr., Spalte 1, Zeile 28 muß es heißen: Eine Organisation, welche so ungeheures Material zusammentrug (gemeint war unsere Denkschrift), wird auch dafür Sorge tragen, daß die eventuell zu erlassenden Vorschriften durchgeführt werden.

Außerordentliche Generalversammlung der Bildhauer Deutschlands.

Im Berliner Gewerkschaftshause traten am 20. September die Delegierten des Bildhauerverbandes zur außerordentlichen Generalversammlung zusammen. Die Generalkommission war durch den Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, Herrn Döblin, vertreten.

Bekanntlich wurden die finanziellen Mittel dieses Verbandes durch die Krise in den Jahren 1901 und 1902 sehr stark in Anspruch genommen. Die Einnahmen blieben hinter den Ausgaben bedeutend zurück, so daß man zur Erhebung von Extrabeiträgen schreiten mußte.

Nach dem gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht des Vorstandes haben sich die Wirkungen der Krise im Dezember 1901 und Januar 1902 so außerordentlich bemerkbar gemacht und sind so überaus starke Anforderungen an die Zentralkasse gestellt worden, daß sich der Vorstand gezwungen sah, nicht nur ein Darlehn aufzunehmen, sondern auch die nach dem Statut vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen. Am 1. Januar 1901 betrug der Kassenbestand 56491 Mk., oder pro Mitglied 12,43 Mk. Eingenommen wurden in diesem Jahre bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 4412 insgesamt 125012 Mk., oder pro Mitglied 28,33 Mk. Ausgegeben wurden in dem gleichen Zeitraum 156751 Mk., oder pro Mitglied 35,53 Mk., also 7,20 Mk. pro Mitglied mehr. Das Jahr 1902 brachte eine Einnahme von 156679 Mk., oder pro Mitglied 39,99 Mk.; der eine Ausgabe von 154662 Mk., oder pro Mitglied 39,47 Mk. gegenübersteht. Trotz der erhöhten Beiträge und herabgesetzten Leistungen sind pro Mitglied nur 52 Pfg. mehr eingenommen wie ausgegeben. Der Kassenbestand betrug am Schlusse 1902 27277 Mk., gleich 6,96 Mk. pro Mitglied. (Der durchschnittliche Mitgliederstand war 3981.) Mithin ist der Kassenbestand von 12,43 Mk. am 1. Januar 1901 auf 6,96 Mk. pro Mitglied am Schlusse des Jahres 1902 gesunken. Kennzeichnend für die wirtschaftlich schlechte Konjunktur während der Berichtsperiode sind die geleisteten Unterstützungssummen. Während für alle übrigen Unterstützungsgegenstände die Ausgaben beträchtlich gestiegen sind, ist die Ausgabe für Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen von 14851 Mk. in den vorhergehenden Jahren auf 8789 Mk. pro Jahr in den Jahren 1901/1902 gefallen. Eingegen ist die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung am Orte in den verfloßenen zwei Jahren auf

179 352,25 Mk. gestiegen, während hierfür in den drei Jahren 1898—1900 nur 116 663 Mk. verausgabt wurden. — Auch die Reiseunterstützungen sind gegenüber den Vorjahren von 8794,50 Mk. auf 10 204 Mk. pro Jahr gestiegen. Ebenso hat sich die Ausgabe für Unterstützungen an Arbeitsunfähige von 9754 auf 12 640 Mk. pro Jahr erhöht.

Trotz dieser abnormen Belastung der Organisation während der Krise ist doch bereits wieder eine wesentliche Besserung der Massenverhältnisse eingetreten, so daß am Schlusse des 3. Quartals d. J. der Massenbestand zirka 40—45 000 Mark betragen wird. In dem Bericht wird ausdrücklich anerkannt, daß es nur durch den Opfermut der der Organisation treu gebliebenen Mitglieder möglich war, die finanziellen Verhältnisse wieder günstiger zu gestalten.

Während zur vorigen Generalversammlung eine erhebliche Zunahme des Mitgliederbestandes verzeichnet werden konnte, ist diesmal wieder ein Rückgang von 4521 auf 3797 Mitglieder, also eine Abnahme um 724 Mitglieder in den letzten beiden Geschäftsjahren zu konstatieren. Der größte Mitgliederverlust (264) trat im 1. Quartal 1902 ein, also zu einer Zeit, in der die Krise im Verufe am heftigsten einsetzte.

Ueber die Lohnbewegungen in den beiden Geschäftsjahren wird berichtet, daß trotz des durch die allgemeine wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Drucks auf die Arbeitsverhältnisse sich die Mitglieder auch in der schlimmsten Zeit der Krise tapfer gehalten und in erster Linie, wenn auch nicht alle, so doch die meisten Versuche, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, abgewehrt haben. Nach der vom Vorstande aufgestellten Tabelle sind 33 Streiks bzw. Lohnbewegungen mit Erfolg und 9 mit teilweisem Erfolg beendet worden, während 21 verloren wurden und 7 resultatlos verliefen. Sperrungen sind 3 mit und 4 ohne Erfolg verhängt worden. Von den 12 weiteren Sperrungen ist das Resultat nicht mitgeteilt worden.

An der Arbeitslosenstatistik, die im 1. und 2. Halbjahr 1902 vorgenommen worden ist, waren 2832 bzw. 2667 Mitglieder und 915 bzw. 931 Nichtmitglieder beteiligt. Aus den Erhebungen geht hervor, daß die Mitglieder zu einem weit höheren Prozentsatz arbeitslos waren als die Nichtmitglieder und daß die Stellung der letzteren im Durchschnitt von längerer Dauer war.

In der Lehrlingsfrage hat der Zentralvorstand insofern einen aggressiven Schritt getan, als er sich im Einverständnis mit den betreffenden Verwaltungsstellen und deren Gegenzeichnung an die Magistrats einzelner Orte wendete mit dem Ersuchen, auf Grund des § 128 der Gewerbeordnung gegen die in bestimmten Betrieben zur Anfertigung von sogenannten Massenartikeln unvernünftigen hohen Anzahl von Lehrlingen die nötigen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen. Ueber den Ausgang ist bisher nichts bekannt geworden.

Der Bericht der Preßkommission liegt ebenfalls gedruckt vor, wird aber durch den Genossen Schney-Berlin noch ausführlich ergänzt. Nach ausgiebiger Diskussion wird den Vorstandsmitgliedern Decharge erteilt.

Besonders eingehend gestaltete sich die Diskussion über die Beitragshöhe und das Unterstützungsweisen. Zu diesen Punkten liegen sehr zahlreiche Anträge vor. Bezüglich der Beiträge ist auch ein anderes System beantragt, und zwar die Einführung des Staffelbeitrags. Berlin und Breslau beantragten 80 und 50 Pfg., der Zentralvorstand, Bromberg und Dresden 75 und 50 Pfg. — Von den Vertretern des Staffelbeitrags wurde dieses System namentlich damit begründet, daß den wirtschaftlich schlecht gestellten Kollegen, denen der Beitrag zu hoch ist, durch die niedrige Beitragshöhe die Zugehörigkeit zur Organisation erleichtert und dadurch eine größere Ausbreitung des Vereins erzielt wird. Die Unterstützungsätze sollten entsprechend der Beitragshöhe festgesetzt werden. — Von den Vertretern des Einheitsbeitrags wird das System des Staffelbeitrags u. a. damit bekämpft, daß die verschiedenen Unterstützungsätze unter den Mitgliedern selbst Unzufriedenheit und Uneinigkeit hervorrufen würden. Ferner wurde auf die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten hingewiesen und angeführt, daß sich das bisherige System ganz gut bewährt hat.

Als Einheitsbeitrag sind 65, 70, 75 und 80 Pfg. beantragt. Der bisherige statutarische Beitrag betrug wöchentlich 65 Pfg., doch wurde seit dem vorigen Jahre, veranlaßt durch die ungünstigen finanziellen Verhältnisse des Vereins, eine Folge der schweren wirtschaftlichen Krise, ein Wochenbeitrag von 80 Pfg. erhoben.

Sowohl die Anhänger des Staffelbeitrags als auch die des Einheitsbeitrags vertreten ausnahmslos den Standpunkt, daß eine derartige Kalamität, wie sie der Verein durchgemacht, für die Zukunft vermieden und eine bessere finanzielle Fundierung der Organisation stattfinden müßte. Einige der Delegierten, die sich für die Beibehaltung des Beitrags von 65 Pfg. aussprachen, bekräftigten, um die Organisation finanziell zu stärken, teils die Herabsetzung der Höhe einzelner Unterstützungsätze, teils die Verlängerung der Wartezeit, teilweise auch die Verkürzung der Unterstützungsdauer. Hingegen wünschten diejenigen Delegierten, die für eine Erhöhung des Beitrags eintraten, eine Verbesserung einzelner Unterstützungsätze, damit den Mitgliedern größere Vorteile geboten werden und auch die Agitation für den Verein erleichtert wird.

Nach Schluß der Generaldiskussion wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche auf rednerischer Grundlage eine Neuregelung verschiedener Unterstützungsätze vorberaten und der Generalversammlung bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

In namentlicher Abstimmung wird die Einführung des Staffelbeitrags mit großer Majorität abgelehnt; ebenso werden auch alle übrigen Abänderungsanträge abgelehnt, so daß es bei der bisherigen Beitragshöhe von 65 Pfg. wöchentlich verbleibt. Es werden hierauf einige prinzipielle Abstimmungen vorgenommen. Hierbei wird unter andern die Einführung der Umzugsunterstützung und Festsetzung einer Karenzzeit für den Bezug der Streikunterstützung abgelehnt, dagegen die Umwandlung der Witwenunterstützung in eine Sterbeunterstützung angenommen.

In der Sitzung am Mittwoch wird nach kurzer Beratung zunächst die Einsetzung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern beschlossen. Derselbe prüft und entscheidet in allen Beschwerden gegen den Zentralvorstand und die Redaktion der Bildhauer-Zeitung. Als Sitz des Ausschusses wird für die nächste Geschäftsperiode Leipzig bestimmt.

Hierauf berichtet Wisbach-Berlin über die Vorschläge der Rechnungs-Kommission, die auf Grundlage des 65 Pfg.-Beitrags die Neuregelung der verschiedenen Unterstützungs-

zweige vorberaten hat. Nach eingehender Diskussion werden die Vorschläge der Kommission in namentlicher Abstimmung mit großer Majorität angenommen. Danach sind im Unterstützungsweisen folgende Änderungen eingetreten:

Streikunterstützung wird vom vierten Tage ab auf die Dauer der Streiks pro Arbeitstag 2 Mk. und für Verheiratete für jedes noch schulpflichtige Kind 50 Pfg. pro Woche extra bezahlt. — Die Karenzzeit für Arbeitslosen- und Arbeitsunfähigkeitsunterstützung beträgt 1 1/2 Jahre, die Karenzzeit für Reiseunterstützung 1 Jahr. — Die Unterstützung wird für die Dauer von 56 Tagen mit einer Mark pro Tag gewährt. Die Zwischenkarenzzeit beträgt 26 Wochen. (Schluß folgt.)

Schamloses Treiben.

Geradezu ekelhaft ist die Handlungsweise mancher Grabsteingeschäftsinhaber und deren Reisenden, wenn es sich um Todesfälle handelt, wo man vermuten kann, es ist schließlich bei dieser Gelegenheit ein Denkmal loszuschlagen. Man lauert manchmal mit einer gewissen Bitterkeit auf solche Todesfälle, um ja Geschäfte machen zu können. Zwei markante Beispiele, wie unverschämte und aufdringlich es solche Leute oftmals treiben, mögen aus folgenden Darstellungen hervorgehen.

In Brandenburg a. N. starb vor nicht so langer Zeit eine vermögende Person. Als nach der Beerdigung die Angehörigen aus dem Friedhof traten, eilten ihnen schon drei Reisende entgegen, welche sich dadurch gefälligst in Erinnerung brachten, indem ein jeder seine Karte abgab.

In einem Orte des Erzgebirges lag die Frau eines Gastwirts im Sterben, und der Inhaber eines Grabsteingeschäfts wartete, um sich richtig auszudrücken, den Tod der armen Frau ab. Als nachmittags vier Uhr der Arzt jede Hoffnung aufgab, und den Tod in kurzer Zeit konstatierte, fand sich der biedere Steinmetzmeister selbstredend ein. Um 6 Uhr Abends starb die Frau und eine Stunde später gab er an den betäubten Witwer seine Offerte ab.

Ein solches Verhalten kann nicht scharf genug gezeißelt werden.

Solche Szenen sind nicht vereinzelt, sondern kommen ganz allgemein vor, ein Beweis, wie weit die Reklamejagd unserer Grabsteinmeister sich schon ausgebildet hat. Es ist geradezu frappant, wie man den Mut besitzen kann, sich an Trauergäste heranzudrängen, um des schönsten Gewinnes halber.

Die Konkurrenz in den Grabsteingeschäften ist eine geradezu horrend zu nennen. Aber wundern kann es uns nicht im geringsten. Wenn wir fragen, wer hat die Schuld, so lautet die Antwort: die Unternehmer selber, die sich gegenseitig einen kleinen Auftrags halber beinahe die Nüße wundlaufen, sich in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit selbst herabsetzen, nur aus purem Geschäftsneid. Viele Grabsteinmeister zeichnen sich noch dadurch aus, daß sie neben der geradezu miserablen Entlohnung ihrer Leute die Kundenschaft unverschämte übers Ohr hauen, und zwar mit der Lieferung des Denkmals. Wer in der Grabsteinbranche tätig ist, der weiß am besten, wie gepuscht wird. Denn saubere Arbeit kann man nicht liefern, dazu hat ja mancher selbst beigetragen durch gegenseitiges — Unterbieten. Würden die Kollegen in den Grabsteingeschäften sich nicht teilweise als Dienstboten solcher Meister fühlen, manches könnte besser sein. Wie skrupellos aber diese Herren Meister sind, um Geschäfte machen zu können, wurde Eingangs dieses Hinweises dargelegt. Ein Steinarbeiter würde es unter seiner Würde halten, derart zu handeln; aber wie gewöhnlich, der Meister übertrifft den Knecht.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen darauf aufmerksam, daß bis zum 11. Oktober die Fragebogen, worin die Erhebungen über die erlassene Bundesratsverordnung vorgenommen wurden, hierher eingehandt werden müssen. Es ist Pflicht, diesen Termin strikte einzuhalten, damit sofort an die Verarbeitung des gesammelten Materials gegangen werden kann.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Klappbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Gemnitz. Am 27. September tagte hier in Weichels Restaurant eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Die Lage der deutschen Steinarbeiter und warum organisieren wir uns? Hierzu hatte unser Geschäftsleiter Starke das Referat übernommen. Der Redner führte aus, daß man vor 20 Jahren schon versucht habe, die Silbersdorfer Steinarbeiter der Organisation zuzuführen; es sei die Sache aber wieder eingeschlagen; teils hat man wohl wenig Erfolg gehabt, teils sei auch zu wenig agitiert worden. In der Diskussion wurde das Gebahren verschiedener Porphyrmmeister gegenüber dem gesetzlichen Zehnstundentag ins rechte Licht gestellt. Verschiedene Bruchmeister sowie Arbeiter petitionierten bei der Amtshauptmannschaft gegen den gesetzlichen Zehnstundentag, die Bundesratsverordnung über den Hausen zu werfen. Die Petition war erfolglos. Nach langer Debatte wurde dann eine Vertrauensperson gewählt, bei der die Silbersdorfer Steinarbeiter ihre freiwilligen Beiträge entrichten können. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, welche verpicht, den Silbersdorfern stets zur Seite zu stehen, gleichzeitig kräftig zu agitieren, damit nicht die angefangene Arbeit zum Fortschritt umsonst sei. Nachdem die Versammlung das 1 1/2stündige Referat gehört und diskutiert hatte, wurde dieselbe geschlossen.

Dortmund. Kollege Huster bedauerte bei Eröffnung der Versammlung am 20. September den stetig lauen Besuch derselben, daß die ortsanfänglich gebürtigen Kollegen der Organisation entgegenarbeiten, um Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Kollege Huster referierte über die Durchführung der Bundesratsverordnung und die hiesigen Lohnverhältnisse. Kollege Joppi rügte diese Verhältnisse sehr scharf, da die Löhne immer gekürzt werden. Genosse Cardinal referierte noch über das Thema: Gewerkschaften und die politischen Parteien. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Quisburg. Am 20. September tagte hier eine Mitgliederversammlung, in welcher unser neugewählter Gauleiter, Kollege Hermann Schmidt, das Referat übernommen hatte. Er legte den Kollegen den Nutzen und Zweck der Organisation klar, sowie die Art und Weise, wie man organisatorisch vorgehen muß, denn dieses zu besprechen war sehr nötig, indem von verschiedenen Kollegen auf eigene Faust gewirkt wurde und dadurch die Gauleitung illusorisch gemacht wird. Im Punkt 2 wurde Kollege Paul Martermann als Vorsitzender und Kassierer

wiedergewählt. Wir wollen nun hoffen, nachdem die Differenzen in der Ortsverwaltung wieder beigelegt sind, daß die Zahlstelle Quisburg recht bald gute Fortschritte macht zum Wohl der Kollegen selbst als auch für die gesamte moderne Arbeiterbewegung.

Hamburg. Eine kombinierte Mitgliederversammlung der Steinmetzen und Marmorarbeiter in Hamburg und der Steinarbeiter in Ohlsdorf fand am 20. September 1903 bei Bahljen, Rosenstraße, statt. Der Referent, Genosse Lauffötter, hielt einen Vortrag über das menschliche Dasein und die Gewerkschaften. Er entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. Er führte u. a. aus: Das menschliche Dasein beruht auf der Bedürfnisfrage, dieselbe sei noch lange nicht gelöst. Wenn der Kaiser in seiner Rede davon spricht, daß er sich freue, daß die Arbeiter jetzt eine gute und sichere Existenz haben, so sei dies keineswegs der Fall. Der Kampf ums Dasein müsse noch ebenso scharf geführt werden wie früher. Eine sichere Existenz hätten bis jetzt nur die Beamten, und gerade diese wären es, welche die Arbeiter, wenn sie sich ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollten oder wenn sie danach streben, sich gute und sichere Existenzen zu schaffen, daran hindern, dies zu tun, ja in vielen Fällen mit brutaler Gewalt den Arbeitern das Recht streitig machen, sich zu wehren, wenn Unternehmer den Lohn drücken. Der Redner schilderte dann die Zustände aus dem Altertum und Mittelalter, wie schon zu jener Zeit der Sklavenhandel betrieben wurde und wie an Leuten, die sich erdreisten, eine eigene Meinung zu haben, die schrecklichsten Greuelthaten verübt wurden. Es geschah dies damals noch unter der Devise Gott will es, oder es geschah zur höheren Ehre Gottes. Heute, unter der modernen Ausbeutung, heißt es nicht mehr Gott will es, sondern heute heißt es, wir haben die Macht, und deshalb können wir euch ausbeuten. Schon in der Bibel wird gesagt, daß es Adam und Eva verboten war, von dem Baume der Erkenntnis zu naschen. Auch unsere heutigen Unternehmer verbieten ihren Arbeitern, sich ihrer Organisation anzuschließen, damit sie ja nicht zur Erkenntnis ihrer Lage kommen und gegen ihre Ausbeuter Front machen. Es sei Pflicht der Arbeiter, danach hinzustreben, daß sie die Gewalt in die Hände bekommen. Es seien allerdings die Arbeiter heute nicht mehr so leicht zu verführen auf das Jenseits, sondern der ganze Schwerpunkt ihres Daseins liege auf dieser Welt, und wenn es im Jenseits noch besser ist, so nehmen wir selbstverständlich auch noch dieses mit. Das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, das Endziel, welches dahin geht, einer möglichst großen Anzahl von Menschen ein möglichst gutes und sicheres Dasein zu verschaffen, könne nur durch einiges und einseitiges Vorwärtsschreiten erreicht werden, selbstverständlich müsse auch auf diesem Marsche nach dem Endziel der Weg, welcher beschritten wird, immer scharf im Auge behalten werden, damit eventuelle Hindernisse, die sich entgegenstellen, vorichtig und zur rechten Zeit aus dem Wege geräumt werden können. Der Redner erwähnte noch die Antrophen, falls noch welche darunter sind, die aus irgend welchen Gründen, die es nach seiner Meinung gar nicht geben könne, sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben, dieses sofort zu tun, um gemeinsam mit ihnen sich im Kampfe befindlichen Arbeitskollegen gegen den Kapitalismus anzukämpfen. Großer Beifall wurde dem Referenten für seinen Vortrag gesendet. Zu Punkt 2: Bericht vom Gau und Stellungnahme zur Gaukonferenz wurden beschlossen, von einer Einberufung zur Gaukonferenz vorläufig Abstand zu nehmen und erst abzuwarten, bis die Tagesordnung zur nächsten Generalversammlung bekannt wäre. Zu Punkt 3: Bericht über die Verhandlungen des Poliers Schmidt von Schlags Platz scharf kritisiert. Derselbe soll sich geäußert haben: er stelle keine Hamburger Steinmetzen und Marmorarbeiter ein. Es wurde noch folgende Resolution angenommen: Die drei Vorstände der Zahlstellen Hamburg und Umgebung haben mit dem Gauvorstand gemeinschaftlich zu beraten, wie für Hamburg und Umgebung bessere Organisationsverhältnisse zu erreichen sind. Zu diesen Beratungen sind die Platzdelegierten und Abgeordneten mit hinzuzuziehen. Von einem Kollegen (Wobermann) wurde noch Beschwerde geführt, daß die Verbandsleitung den Kollegen von Mehle und Osterwald, als dieselben in eine Lohnbewegung treten wollten, gesagt habe, ihr habt wohl keine Lust zum Arbeiten. Wir betrachten es als Pflicht der Verbandsleitung, falls sie diese Äußerung getan hat, sich darüber auszusprechen, da man derartige Äußerungen aus Unternehmerrreisen gewohnt ist, nicht aber von einer Verbandsleitung, Arbeitern gegenüber, die ihre Lage verbessern wollen.

(Anm. d. Zentralvorstands: Solche alberne lügenhafte Unterstellungen wird man hier nach und nach gewöhnt, schöner wird aber dadurch die Sache nicht, von Männern erwartet man solchen Blödsinn nicht. Starke.)

Hardheim (Baden). Am 29. September fand eine gutbesuchte Versammlung statt. Es wurde eine Lohn- und Streikkommission gewählt, um die Differenzen mit der Kaiser-Steinbruch-Attiengesellschaft zu regeln. Den Drechern wird die dritte Stelle vom Kubikmeter nicht mehr ausbezahlt, das macht für das Geschäft allwöchentlich eine ansehnliche Summe. Den Steinmetzen wird keine Härtezulage mehr gewährt, wie gesagt, überall wird gezwängt und gekürzt. Auf sofortige Reklamation hieß es, es gibt keinen Pfennig mehr. Diese Worte klingen ja recht arbeiterfreundlich. Das Bürgermeisteramt wurde als Einigungsamt angerufen, aber bisher ohne Erfolg. In gleicher Abstimmung wurde mit 26 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen und gegen die Firma klagbar vorzugehen.

Wir ersuchen die Kollegen, Hardheim nicht zu berühren und zu versuchen, ihre Arbeitskraft anderweitig an den Mann zu bringen. Gerade in der Maschinenindustrie sind die Löhne bei der sehr anstrengenden Arbeit höchst verbesserungsbedürftig. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden wurde die Versammlung geschlossen.

Es sei noch nachgetragen, daß der Streitfall am 1. Oktober geregelt wurde. Zur Verhandlung mit der in Frage kommenden Firma wurde Kollege Dippel hinzugezogen. Derselbe berichtete Abends in der stattgefundenen Versammlung. Die Kollegen erklärten sich mit seinen Ausführungen einverstanden.

Kaiserslautern. Am Donnerstag, den 10. September, fand im Lokal Zur Schillered eine Versammlung statt, zu welcher Kollege Arnold aus Mannheim als Referent erschienen war. Demselben wurde die Aufgabe zu teil, die hiesigen Kollegen über die Bundesratsverordnung und deren Durchführung aufzuklären. Kollege Arnold legte in beinahe zwei-stündiger Rede die einzelnen Paragraphen derselben auseinander und verschaffte den Kollegen ein klares Bild über die Gründe und den Zweck der Verordnung, wofür ihm am Schlusse reichlicher Beifall gezollt wurde. In der darauf folgenden Diskussion besprachen verschiedene Kollegen die Mißstände auf den hiesigen Werkplätzen, und es entstand ein trauriges Bild vor unsern Augen. Die Herren Meister kennen natürlich bloß die Pflichten der Arbeiter, aber ihre eigenen, trotzdem dieselben Geschick sind, kennen sie nicht. Vom Reinigen der Gütten und Frühstücksbuden, überhaupt von einer Ordnung auf dem Werkplatz wollen sie nichts wissen. Darum, Kollegen, ist es höchste Zeit, daß Ihr Euch organisiert, damit wir diese Zustände beseitigen und unsern Meistern klar machen, daß auch wir Menschen sind. Aufmerksam wollen wir noch darauf machen, daß gerade jetzt, beim Wechsel der Periode, von verschiedenen Meistern in den Zeitungen Steinhauer gesucht werden. Kollegen, Leute sind in überwiegender Zahl am Plage. Die Arbeitsgelegenheit ist schlecht, besonders auf die Dauer. Mehrere Meister haben schon gar nichts mehr zu tun. Die Löhne sind miserabel, und doch soll noch billiger gearbeitet werden. Darum können wir nicht genug vor Zug nach Kaiserslautern warnen.

Konstanz. Sonntag, den 27. September, tagte im Restaurant Helvetia eine Konferenz der Steinarbeiter Konstanz und Umgebung, welche nach hiesigen Verhältnissen gut besucht war;

den Vorsitz führte Kollege Schneider-Neberlingen, die Feststellung der Präferenzliste ergab, daß von Konstanzen 26, Neberlingen 15, Radolfzell 16, Weersburg 3 und Emmishofen 1, insgesamt 61 Mann anwesend waren. Zum 1. Punkt: Situationsbericht der einzelnen Orte, welcher für Konstanzen vom Kollegen Gutekunst erfaßt wurde. Trotz günstiger Geschäftskonjunktur läßt die Lage der hiesigen Steinarbeiter viel zu wünschen übrig, schuld daran, die Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber. Beschäftigt sind jetzt 60 Mann, organisiert 20. Die neunstündige Arbeitszeit wird eingehalten auf Drängen einzelner Kollegen bei der zuständigen Behörde, der Stundenlohn beträgt 45 bis 50 Pfg. Radolfzell: Kollege Sautner: Beschäftigt sind 40 Mann, davon organisiert 16. Arbeitsstunden sehr schlecht, Unterkunftsräume existieren keine, auf Platz Schmal u. Comp., wo keiner der Organisation angehöret, wird 10 Stunden gearbeitet, auf den übrigen Plätzen 9 Stunden, der Lohn schwankt zwischen 40 bis 50 Pfg. pro Stunde. Neberlingen: Kollege König: Beschäftigt sind 28, darunter 25 Mann organisiert. Acht Abonnenten des Steinarbeiters, Arbeitsstunden sind leidlich, Frühstücksräume keine, Arbeitszeit 9 Stunden, durchweg Tagelohn, Stundenlohn beträgt durchschnittlich 48 Pfg., Höchstlohn 55 Pfg. Punkt 2: Letzte Bundesratsverordnung vom 20. März 1902, worüber Kollege Gutekunst berichtet, und den Anwesenden klar legte, wie notwendig es ist, sich fester an die Organisation anzuschließen, um das zu behaupten, was uns laut Gesetz gegeben wurde, und wir auch nicht auf ein Entgegenkommen von Seiten der Arbeitgeber, sowie auch der Gewerkschaften rechnen können, sondern nur auf uns selbst angewiesen sind. Referent wies noch auf das kurze Lebensalter in unserm Berufe hin und forderte auf, die Statistik genau auszufüllen, welche eine unserer besten Waffen ist. Großer Beifall lobte seine Ausführungen. Punkt 3: Organisation und Agitation. Kollege Ehret legte den Anwesenden ans Herz, mehr den Steinarbeiter und unsere Parteipresse zu lesen, und erörtere die Entwicklung, Zweck und Nutzen der Organisation. Nachdem über die zwei Punkte noch eine Diskussion geführt wurde, ergriff Kollege Gutekunst das Schlußwort, worin er mit warmen Worten die Kollegen aufforderte, treu zur Organisation zu halten, denn nur dies ist das Mittel und der Weg, um bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Möge jeder tatkräftig dafür eintreten, dann wird auch die hiesige Zahlstelle blühen und gedeihen und bessere Verhältnisse erzielt werden.

Meißen. Am Sonnabend, den 26. September, fand in der Weintraube eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Organisation und Unternehmertum; 2. Stellungnahme zur Gaufonferenz; 3. Verschiedenes. Der 1. Punkt mußte wegen Nichterscheinen des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt werden. Zu Punkt 2 wurden die Kollegen Bergbauer und Hesse als Delegierte zu der am 11. Oktober stattfindenden Gaufonferenz gewählt. Zu Punkt 3 entspann sich eine lebhafte Debatte über den Werkplatz Köhler. Besonders wurde die brutale Behandlung des Herrn Köhler den Arbeitern gegenüber scharf kritisiert. Nachdem verschiedene Male bei der Gewerbeinspektion Beschwerde geführt wurde, mußte sich Herr Köhler wohl oder übel dazu bequemen, einigermaßen Abhilfe bei den sich in schlechtem Zustande befindlichen Frühstücksbüden zu schaffen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen wurden, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Steinarbeiterbewegung die gut besuchte Versammlung.

Meißen (Elbe). Es gibt wohl keinen Ort in Deutschland, wo die Steinarbeiter gegenüber den Unternehmern so ihre Rechte wahren müssen wie in Meißen gegenüber dem Herrn Köhler. Wer den Steinarbeiter aufmerksam verfolgte, dem wird die schlaue Taktik des Herrn Köhler nicht entgangen sein; nämlich die, daß er immer bemüht ist, neue Kräfte heranzuziehen, die dann mit den vorhandenen Verhältnissen nicht vertraut sind. Schön öfter wurde klargestellt, daß die Wertstelle des Herrn Köhler einem Taubenschlag gleicht; der Ausdruck erscheint noch zu milde, nein, es ist das reinste Bienenhaus. Entstehen Lohn-differenzen — und die kommen häufig vor — so verzieht es Herr Köhler mit demosthenischer Dialektik seinen Standpunkt heranzulegen, und offen gestanden: der Zungenfertigkeit des Herrn Köhler sind wir nicht gewachsen. Wir hören allerdings von ihm neuen Gedanken, sondern es heißt immer im Refrain: Mein Geschäft lohnt sich nicht, ich verdiene nichts etc. Daß es um die angebliche Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Köhler gerade auch nicht am besten bestellt ist, zeigt der Ausspruch: Wer auf dem Gewerbegericht klagar gegen mich vorgeht, erhält Freierabend. Solche Aussprüche sind ja ganz nett, aber die Steinarbeiter werden sich zukünftig nicht davon abbringen lassen, wenn es sich darum handelt, ihren verdienten Lohn zu fordern, dieses ebenfalls auch zu tun. Dem Polier für die Steinmengen würden auch feinere Umgangsformen mit letzteren nicht schaden. Organisierte Arbeiter verlangen in erster Linie eine anständige Behandlung. Kommt ein Kollege um elfende Minuten zu spät, so wird er schon angefahren, als wenn das Geschäft einen nicht zu erziehenden Schaden erlitten hätte; wenn aber die Steinmengen längere Zeit auf die aufzubewahrenden Stücke warten müssen, dann schadet dieses nichts. Das Köhlerische Geschäft sucht immer wieder durch Zeitungsinserate Leute heranzuziehen. Wir möchten jeden Kollegen in seinem eigenen Interesse ersuchen, sich zuvor bei den dort beschäftigten Kollegen selbst zu erkundigen, dann wird ihm sicherlich die Luft vergehen, seine Arbeitskraft dort an den Mann zu bringen.

Radolfzell. Somabend, den 3. Oktober, tagte hier im Gasthof zum Lamm eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche außerordentlich gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Toni Sautner Bericht über die Konferenz, welche in Konstanzen stattfand. Die Konferenz befaßte sich hauptsächlich mit der Bundesratsverordnung, Organisation und Agitation. Leider sind hier die Verhältnisse nicht dementsprechend wie sie sein sollten. Kollege Sautner wies darauf hin, daß nur durch eine starke Organisation in dieser Beziehung etwas zu erzielen wäre. Betreffs der Befolgung der Bundesratsverordnung sieht es hier schlecht aus. Deshalb wurde auch abgesehen, Forderungen an die Unternehmer zu stellen, jedoch wurde der Beschluß gefaßt, auf jedem Platz einen Mitgehilfen zu wählen, welcher im notwendigsten Falle mit dem Meister oder Polier in Verhandlung treten soll. Beim 2. Punkt wurde zur Wahl zweier Revisoren geschritten, als welche die Kollegen Keller und Preber anerkannt wurden. Internum 3. Punkt wurde über die Firma Schmal u. Co. verhandelt. Da die betreffende Firma in bürgerlichen Blättern Leute sucht, so wurde es für gut erachtet, daß organisierte Kollegen dort in Arbeit treten sollten, was bis jetzt auch schon geschah. Die Firma Schmal hat sich auch bereits herbeigelassen, die betreffenden Stücke, bei welchen die Lohnstreitigkeiten entstanden, den Kubikmeter zu 40 Mk. zu bezahlen. Es wurde im weiteren darauf hingewiesen, falls sich die Firma wieder wortbrüchig zeigt, sollten sich die Kollegen an das hiesige Bezirksamt oder an das nächste Gewerbegericht wenden, denn die Firma Schmal bezahlt gewöhnlich 8—14 Tage guten Lohn und zieht dann so viel als möglich ab. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige Platzangelegenheiten besprochen. Zum Schluß ließen sich 8 Kollegen aufnehmen. Der Steinarbeiter wird im Abonnement eingeführt und die Kollegen wurden aufgefordert, denselben zu bestellen.

Mehr Politik.

Kein Steinarbeiter wird herausgegeben, in dem nicht die schwerste Kritik geübt wird an unsrer Reiseunterstützung. An und für sich mag ja dies berechtigt sein, sagt man aber die Form der Kritik ins Auge, so muß man sich sagen, die Kritik ist ungerichtet, höchst ungerecht, dieselbe

verfehlt ihren Zweck, weil der Entrüstungsschrei, der darin enthalten ist, nicht dahin geht, wohin er gehört.

Allen Anschein nach neigen die Kritiker zu der Ansicht, daß alle Auswüchse unsrer herrlichen Gesellschaftsordnung dem Verband aufzubürden sind. Daß dieser auf die Dauer nicht im stande ist, dieses zu ertragen, wird jeder Einsichtige zugeben müssen. Das Heer der überflüssigen Arbeiter wird immer größer, die Zahl der Beschäftigten (Vertragszahler) immer kleiner, auf Vertragserhöhung kann nicht gerechnet werden, wo dann hernehmen?

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache muß man sich doch fragen, daß der Verband allein niemals im stande ist, diese himmelschreienden Zustände zu beseitigen. Da nützt es nichts, von unsrer gesicherten Existenz zu reden. Man darf nicht mit Zufriedenheit in die Zukunft schauen, sondern Ehrenaufgabe eines jeden müßte es sein, mehr darauf zu drängen, daß unsre Kollegen sich etwas mehr mit Politik befassen. Mit dieser Frage ist es leider schlecht bestellt. Nicht lange mehr wird es dauern, da predigen die Geistlichen von der Kanzel den Frieden auf Erden, die Herren Besitzenden sitzen schmunzelnd bei einer Flasche Sekt etc., aber wie geht es denn uns? Zum Geplätz der Bourgeoisie können wir hungern und frierend auf der Landstraße umher irren. Da muß man sich doch fragen, daß das Wort Bebel's: „Die Leute müssen erst Galle in den Leib bekommen“, nur zu berechtigt ist.

Trotz alledem findet man aber gerade in unsern Reihen eine verbrecherische Gleichgültigkeit der Partei gegenüber. So lange die nicht gebrochen ist, müssen wir eben weiter fronden.

Manche Lunge wird zwar noch pfeifen müssen und mancher Finger wird noch wund geschrieben werden, bis auch der letzte weiß, wo ihn der Schuh drückt. Diese Erkenntnis zu erreichen, sollte Pflicht eines jeden sein, der nicht länger Sklave sein will, anstatt immer und immer die Unterstützungseinrichtung zu kritisieren und dadurch nur Mißstimmung herbeizurufen, wodurch wir wohl rückwärts, aber nicht vorwärts kommen. M. K o h l e.

Statistische Erhebungen der Steinarbeiter des Gottleubatal's.

Lohnstatistik.

Um die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter im hiesigen Bezirk ist es sehr traurig bestellt. Von Jahr zu Jahr sinken die Löhne, überall kürzt man die Tarife, dagegen steigert sich die Produktivleistung eines jeden Steinarbeiters gegen früher. Die Unternehmer sind im Laufe etlicher Jahre wohlhabende Leute geworden, sehen alle Augenblicke uns ihren Fuß auf den Nacken und die Steinarbeiter des Gottleubatal's sehen nicht, hören nicht und fühlen nicht was vorgeht, sondern stehen unserm Verbands ganz unsympathisch gegenüber. — Nachstehende Zahlen werden beweisen, wie verbesserungsbedürftig die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter ist. Die Zahlen zeigen, wie ungeheuer die Symptome der Berufskrankheit zu Tage treten.

An der Statistik beteiligten sich 110 Mann, dieselben verdienen insgesamt 103435.65 Mk. Das ergibt einen Jahresverdienst von 940.32 Mk., ist gleich einem Wochenverdienst von 18.80 Mk., einem Tagelohn von 3.13 Mk., und einem Stundenlohn von 38 $\frac{1}{2}$ Pfg. Diese 110 Mann arbeiteten zusammen 4224 Wochen; dies ergibt eine Durchschnittsarbeitszeit von 38 $\frac{1}{2}$ Wochen. Nimmt man nun den Durchschnitt von den Arbeitswochen, so ergibt sich ein Wochenlohn von 24.48 Mk., das ist ein Tagelohn von 4.80 Mk. und ein Stundenlohn von 51 Pfg., demnach ist unser festgesetzter Stundenlohn von 65 Pfg. nicht erreicht.

Den Durchschnittslohn von 940.32 Mk. verdienen 55 Mann oder 50 Proz. nicht, den Durchschnittswochenlohn von 24.48 Mk. oder Jahresverdienst von 1224 Mk. erreichten 41 Mann oder 37.27 Proz. nicht und nur 14 Mann oder 12.72 Proz. verdienen mehr.

Der Verdienst stellt sich wie folgt zusammen: Bis 500 Mk. verdienen 4 Mann, von 500—600 Mk. 6 Mann, von 600 bis 700 Mk. 9 Mann, von 700—800 Mk. 17 Mann, von 800—900 Mk. 10 Mann, von 900—1000 Mk. 19 Mann, von 1000—1100 Mk. 18 Mann, von 1100—1200 Mk. 10 Mann, von 1200—1300 Mk. 6 Mann, von 1300—1400 Mk. 4 Mann, von 1400—1500 Mk. 5 Mann, von 1500—1600 Mk. 1 Mann, von 1600—1700 Mk. — Mann, von 1700—1800 Mk. 1 Mann.

Arbeitslosigkeit.

Von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden 108 Kollegen insgesamt 1159 Wochen, im Durchschnitt der Mann 10 Wochen 4 Tage; bis zu 5 Wochen waren arbeitslos 24 Mann, bis zu 10 Wochen 29 Mann, bis zu 15 Wochen 37 Mann, bis zu 20 Wochen 12 Mann, bis zu 25 Wochen 5 Mann, bis zu 30 Wochen 1 Mann.

Berufstätigkeit.

Im Berufe tätig waren die 110 Kollegen zusammen 1621 Jahre, im Durchschnitt der einzelne 14 Jahre 8 Mon. 2 Tage; bis 5 Jahren im Berufe 2 Mann, 5—10 Jahre 25 Mann, 10—15 Jahre 40 Mann, 15—20 Jahre 28 Mann, 20—25 Jahre 8 Mann, 25—30 Jahre 4 Mann, 30—34 Jahre 3 Mann.

Alter.

Das Gesamalter der 110 Steinmengen beträgt 3583 Jahre, ist gleich ein Durchschnittsalter von 32 Jahren 6 Monaten 2 Tagen. Unter 20 Jahren ist keiner, bis zum Alter von 25 Jahren sind es 14 Mann, von 30 Jahren 41 Mann, von 35 Jahren 24 Mann, von 40 Jahren 13 Mann, von 45 Jahren 10 Mann, von 50 Jahren 6 Mann, von 55 Jahren 2 Mann.

Krankheitsart und Dauer.

Zu diesem Jahre waren 29 Kollegen zusammen 186 Wochen krank, das macht im Durchschnitt 6 Wochen 3 Tage, die längste Krankheitsdauer betrug 46 Wochen, die kürzeste 1 Woche. Von 1—5 Wochen waren krank 20 Mann, von 5—10 Wochen 6 Mann, von 10—15 Wochen — Mann, von 15—20 Wochen 1 Mann, von 20—25 Wochen 1 Mann, über 25 Wochen 1 Mann. Die Art der Krankheit war: Hals- und Lungenleiden 10 Mann, Rheumatismus 3 Mann, Verletzungen im Berufe 6 Mann, verschiedene andere Krankheiten 10 Mann.

Klagbar gegen ihre Arbeitgeber waren zwei Kollegen; einer wegen Nichteinhaltung des Tarifs und einer wegen kündigungslöser Entlassung; erstere Klage war von Erfolg, die zweite ohne Erfolg.

Von den 110 an der Statistik Beteiligten sind 77 verheiratet und haben 199 Kinder, 33 Mann sind ledig.

Der Ortskrankenkasse gehören alle an, während 22 noch eine Hilfskasse besitzen.

In sieben Fällen trägt die Frau mit zum Lebensunterhalt bei. Lehrlinge gibt es nur sieben.

Vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 haben 256 durchreisende Kollegen Reisegehalt erhalten in Summa von 358.10 Mark.

Die Verschlechterung der örtlichen Verhältnisse erzieht man am besten daran, daß der Durchschnittslohn vom Vorjahre von 1007.38 Mk. auf 940.32 Mk. gesunken und die Krankheitsziffer von 22.88 Prozent auf 26.33 Prozent gestiegen ist.

Kollegen, die statistische Erhebung muß allen zu denken geben, sie würde noch schlimmer ausgefallen sein, wenn alle Beschäftigten sich an derselben beteiligt hätten. Hunderte, ja Tausende von Steinarbeitern kommen in Betracht, die uns im Kampfe gegen das gut vereinigte Unternehmertum leider nicht unterstützen. So sehr wir, daß der Beruf der Steinarbeiter in hiesiger Gegend immer mehr und mehr sich schlechter gestaltet, dank der Kurzsichtigkeit der Steinarbeiter selbst.

B. Kiretek, Statistiker.

Rundschau.

Schwerer Unglücksfall. In den Steinbrüchen zu Winkheim i. B. sollte kürzlich eine große Steinplatte aus dem Bruch in die Höhe gezogen werden; plötzlich stürzten aus bisher unangelegter (?) Ursache Gerüst und Aufzugsmaschine in die Tiefe. Dabei wurde dem ledigen Steinbauer Gottlob Strohefer der Kopf vollständig abgerissen, so daß der Tod augenblicklich eintrat. Zwei weitere Arbeiter wurden schwer und einer wurde leicht verletzt.

Die Ursachen des Gerüsteinsturzes sind also, wie immer, unbekannt; eine Redewendung, die die Unternehmer immer in solchen Fällen gebrauchen. Wann werden endlich die Arbeiter einsehen lernen, daß sie nicht bloß dazu da sind, ihre Knochen für den Moloch Kapitalismus zu Markte zu tragen?

Kürzlich enthielt der Deutsche Steinbildhauer die Notiz, die vereinigten Steinarbeiter der Rheinpfalz sowie die christlich organisierten Maurer hätten über die ganze Provinz erstreckend eine Krankenkasse gegründet. Diese Notiz entspricht nicht den Tatsachen, denn von einer christlichen Maurer- und Steinmetzsbewegung kam in der Rheinpfalz unmöglich die Rede sein. Erstere hat zwar in Kaiserlautern eine unbedeutende Filiale, letztere Bewegung dagegen ist in diese ganze Gegend überhaupt nicht eingedrungen. Vor ca. 2 Jahren fand ja eine christliche Konferenz in Würzburg statt, von Hochspeier war ein Delegierter anwesend, der versprach, für die Gründung von Zahlstellen in der Rheinpfalz einzutreten, aber bei dem Versprechen ist es geblieben. Die Steinarbeiter haben durch das Risiko der schon bestandenen christlichen Organisationen die Lehre gezogen, daß eine solche Organisation nur den Unternehmern, nicht aber den Steinarbeitern dienen könnte, und die christlichen Sendlinge, die mit dem Evangelium der Nächstenliebe und des gegenseitigen Friedens kommen wollten, um die Werbetrommel zu rühren, wurden höflichst, aber doch ganz deutlich abgewiesen. Welchen Zweck diese Notiz im Bildhauer haben soll, können wir nicht ermeßen, aber eingezogene Erkundigungen bestätigen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung ein für allemal in der Rheinpfalz den Boden verloren hat. Wenn es so weiter geht, wie gegenwärtig, dann können wir baldigst konstatieren, daß auch beim größten Teil der in diesem Gebiet vorhandenen Steinarbeiter die Erkenntnis durchgedrungen ist, ohne Organisation sind wir unmöglich in der Lage, die schauerhaften Zustände zu ordnen. Wenn die Gauleitung von Mannheim im Verein mit den schon organisierten Kollegen der Rheinpfalz ihre Pflicht tut, woran wir nicht zweifeln, dann muß es vorwärts gehen.

Budapest (Ungarn). Am 1. Oktober wurde die Iose Organisationsform in einen Verband umgeändert. Jedem reisenden Kollegen, der sich nicht im Besitze eines Statuts sowie eines Mitgliedsbuches mit abgestempelten Marken befindet, ist jede Unterstützung zu verweigern. Bisher wurden die Mitgliedsbücher abgestempelt, Marken gab es nicht. Wir ersuchen, daß die Vertrauensleute die aus Ungarn kommenden Kollegen nach diesen Papieren zukünftig befragen, andernfalls die Unterstützung verweigern.

Das Gruben-Geheimzeichen. In einem ober-schlesischen Bergwerk wurde vor einiger Zeit ein Arbeiter entlassen, da er sich mit einem Steiger nicht verstehen konnte. Seine Bemühungen, anderwärts Arbeit zu erhalten, schlugen fehl; sobald man seine Entlassungspapiere gesehen hatte, wurde er mit dem Ausdrucke des Bedauerns abgewiesen. Endlich zeigte ihm ein Beamter ein im Papier befindliches Zeichen und sagte: „Lieber Mann, solange in ihrem Entlassungspapier dieses Zeichen steht, erhalten Sie nirgends auf Gruben Arbeit.“ Nun verlangte der Arbeiter von dem Steiger die Ausstellung eines andern Scheins ohne das Zeichen, was geschah, worauf er sofort Beschäftigung erhielt. Wegen dieses Geheimzeichens und des dadurch hervorgerufenen Lohnausfalls hat nunmehr der Arbeiter das ober-schlesische Gewerbegericht angerufen.

Gewerkschafter im deutschen Reichstag. In den Gewerkschaften Deutschlands gab es bereinzelte Stimmen, welche für die Reichstagswahlen die Aufstellung besonderer Gewerkschaftskandidaten verlangten. Dieselben haben jedoch niemals Anklang gefunden und man hat sie auch noch nie einer ernsthaften Diskussion gewürdigt. Wie wenig berechtigt das Verlangen auch war, hat am schlagendsten der glückliche Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen bewiesen. Eine stärkere Vertretung, schreibt die Schwäbische Tagwacht, im Reichstag können die Gewerkschaften sich vorläufig gar nicht wünschen, als die Wahlen ihnen in der großen Zahl der im Vordergrund der Gewerkschaftsbewegung stehenden neu-gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten gebracht haben. Wir nennen von diesen in erster Linie Legien, den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; ferner Bömelburg, Vorsitzender des Maurerverbandes; Schmidt-Berlin, Ausschußvorsitzender des Holzarbeiterverbandes; Meister, Ausschußvorsitzender des Tabakarbeiterverbandes; Gué, Redakteur des Bergarbeiterverbandes; Bod, Redakteur des Schuhmacherverbandes; Geier, Redakteur des Tabakarbeiterverbandes; Horn, Redakteur des Glasarbeiterverbandes; Körsten, Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission; und weiter noch die bekannten Gewerkschaftler v. Elm (Zigarrenfortierer), Sachse (Bergarbeiter), Sildenbrand (Buchdrucker), Schöpsin (Holzarbeiter), Frähdorf (Töpfer) etc. Daß die erfahrenen und erprobten Praktiker der Gewerkschaftsverbände besonders befähigt sind, die Arbeiterinteressen im Reichstag wahrzunehmen, wird niemand bestreiten wollen, weshalb auch der Zuwachs der

deutschen Reichstagsfraktion an neuen solchen Kräften sicher allseitig mit großer Freude begrüßt worden ist.

Ein „antifozialdemokratischer deutscher Arbeiterkongress“ wird am 25. und 26. Oktober d. J. in Frankfurt a. M., wahrscheinlich im Evangelischen Vereinshaus, stattfinden. Beteiligt sind an demselben von evangelischer Seite der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands (70—75 000), der Bochumer Evangel. Arbeiterbund (8000) und wahrscheinlich auch die Württemberger (3600), Berliner, Chemnitzer und Zwickauer, zusammen über 90 000; die christlichen Gewerkschaften (90 000); der bayrische Eisenbahnerverband (16 000); der bayrische Postbedienstetenverband (7000); der badische Eisenbahnerverband (5000); der deutsch-nationale Handlungsgewerkschaftenverband (47 000); der Gutenbergsbund (2500); der christliche Kellnerbund; der katholische Gesellenverein (69 000); und die evangelischen Gesellenvereine (?); endlich die katholischen Arbeitervereine: der Süddeutsche Verband (62 000), der Westdeutsche (63 000), der Mainzer (10 000), der Berliner (44 000). Das macht zusammen über 510 000 Arbeiter und Angestellte der Industrie. Erster Vorsitzender wird mutmaßlich J. Behrens (Berlin), zweiter Vorsitzender Adam Stegerwald (Köln) sein. Referate werden gehalten werden von Schiffer (Krefeld) über Koalitionsrecht, von J. Bärn (Frankfurt a. M.) über Vereinsgesetzgebung, von W. Schod (Hamburg) über Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und von Giesberts (M.-Gladbach) über Arbeitskammern. — Auf die Ergebnisse dieses „Arbeiter“-Kuddelmuddels darf man gespannt sein.

Soziales.

Spätere Anmeldung von Unfallansprüchen. Bekanntlich kommt es hin und wieder vor, daß die nachteilige Wirkung eines erlittenen Unfalls erst nach Jahren sich bemerkbar macht. In dem Unfallgesetz ist nun vorgeschrieben, daß ein Antrag auf eventuelle Gewährung von Entschädigung innerhalb drei Monaten nach dem Unfall zu stellen sei. Das Reichsversicherungsamt hat nunmehr entschieden, daß diese Frist erst dann anfängt, wenn nachgewiesen werden der Unfall tatsächlich erst eine verminderte Erwerbsfähigkeit gezeitigt hat. Ein Arbeiter hatte im Jahre 1898 einen Unfall erlitten, in dessen Folge sich krankhafte Beschwerden fortgesetzt bemerkbar machten. Da er aber weiter zu arbeiten im Stande war, wurde kein Antrag auf Unfallrente gestellt. Als er im Jahre 1901 bettlägerig wurde, stellte der ihn behandelnde Arzt einen Zusammenhang zwischen der Krankheit und dem Unfall als möglich hin. Auch jetzt stellte der Verletzte noch keinen Antrag auf Rente. Dies geschah erst im Jahre 1902. Der Anspruch wurde aber mit Begründung der Verjährung zurückgewiesen. Das Reichsversicherungsamt hielt jedoch den Einwand der Verjährung nicht als begründet, indem es sich auf folgenden Standpunkt stellte: „Da der Verletzte nach dem Unfall arbeitete, so hatte er keinen Grund, die auftretenden Beschwerden auf diesen zurückzuführen. Auch das Gutachten des Arztes, der die Möglichkeit eines Zusammenhangs annahm, konnte den Verletzten nicht verpflichten, seine Ansprüche geltend zu machen, kann erst dann anerkannt werden, wenn er diese als begründet ansehen und mit ihnen durchzudringen hoffen kann. Eine solche Annahme liegt erst dann vor, wenn der Arzt selbst nicht mehr im Zweifel ist. Erst von diesem Zeitpunkte an beginnt für den Verletzten die Frist von drei Monaten, innerhalb deren er seine Ansprüche geltend machen muß.“ Zu beachten ist bei allem stets das ärztliche Zeugnis.

Eine Sonderausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus wird Mitte November d. J. in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, eröffnet werden. Dort befindet sich die Ständige Ausstellung für Arbeiter-wohl-fahrt, die durch das Reichsamt des Innern mit einem Kostenaufwande von mehr als 1 Million Mark in das Leben gerufen ist und seit Frühjahr dieses Jahres täglich Vormittags 8—11 Uhr, Dienstags und Freitags auch Abends 6—9 Uhr, dem Publikum zugänglich ist. Die genannte Sonderausstellung wird alle wichtigen auf die Alkoholfrage bezüglichen Drucksachen, Abbildungen und sonstigen Gegenstände, wie sie auch auf der wohl gelungenen Ausstellung des Bremer Kongresses gegen den Alkoholismus vorhanden waren, bringen, mit Ausnahme der alkoholfreien Getränke. Es handelt sich vor allem um die Literatur wissenschaftlicher, belehrender und unterhaltender Art, um statistische Tabellen über den Zusammenhang des Alkoholgenusses mit Verbrechen, Irzinn, Verarmung, Sterblichkeit etc., um Darstellung der alkoholfreien und sonstigen Reform-Restaurants, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Trunksitten und Befreiung vom Trunkzwang. Es soll auch durch die Ausstellung gezeigt werden, daß die Trunksuchtfrage früherer Zeiten sich zu der modernen Alkoholfrage erweitert hat, und daß es sich dabei um eine soziale Frage allerwichtigster Art handelt. Abstinenz- und Mäßigkeitsbestrebungen sollen in gleicher Weise berücksichtigt werden. Eine Handbibliothek wird den Besuchern das Studium der Alkoholfrage erleichtern.

Dr. jur. Eggers, Ostertorstraße 30, der die Einrichtung der Sonderausstellung übernommen hat, ersucht alle Vereine, Privatpersonen u. s. w., welche die Ausstellung besichtigen wollen, sich möglichst bald bei ihm unter genauer Bezeichnung der Ausstellungsgegenstände zu melden. Die zugelassenen Gegenstände sind demnächst zu senden an die Sonderausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12.

Gerichtliches.

Wie das preussische Kammergericht seinen Standpunkt hinsichtlich des Streifenpostens „präzisiert“. Zur Zeit des Streiks in der Telegraphenbauanstalt von Kaiser u. Schmidt in der Johanniststraße zu Berlin war das Streifenpostensystem erst nicht gehindert worden, bis eines Tages an das Polizeipräsidium die, wie später festgestellt wurde, falsche Nachricht kam, in der nach Prinz-Louis-Ferdinand-Strasse hätten sich an einem Kravall Streikende beteiligt und mit Messern gestochen. Der Polizeipräsident erließ darauf eine Verfügung an das Revier, worauf die Schutzleute angewiesen wurden, das Streifenpostensystem bei Kaiser u. Schmidt nicht mehr zu dulden, weil weitere Ruhestörungen zu erwarten wären, jedoch in jedem Falle besonders zu entscheiden. Die Streifenposten Schumann und Schwarz, die vergeblich von einem Schutzmann zum Weitergehen aufgefordert worden waren, wurden demnächst wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung angeklagt, weil sie der zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der Straße ergangenen polizeilichen Aufforderung nicht Folge geleistet hätten. — Das Landgericht, als Berufungsinstanz, verurteilte sie auch zu Geldstrafen, indem es u. a. ausführte: Es

sei ohne Belang, daß die Streikenden nicht, wie erst gemeldet, an jenem Kravall beteiligt gewesen seien. Es genüge, daß die Aufforderung zum Weitergehen nach dem pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen und verantwortlichen Polizeiorgans den Zweck verfolgte, die Sicherheit und Bequemlichkeit auf der öffentlichen Straße zu erhalten. Dies sei aber nach den glaubwürdigen Versicherungen der beiden Schutzleute hier der Fall. Sie gingen von der auch den Angeklagten kundgegebenen Befürchtung aus, daß der Aufenthalt vor der Fabrik zu Zusammenstößen mit den Arbeitern von der Art des ihnen bekannt gegebenen Kravalls führen könnte.

Die Angeklagten legten Revision ein. Vor dem Kammergericht vertrat sie der Rechtsanwält Dr. Heinemann, welcher hervorhob, daß eigentlich doch das Vorgehen der Beamten erfolgt sei zum Zwecke der Durchführung der gegebenen allgemeinen Anordnung, die ihrerseits doch wieder auf einer falschen Voraussetzung beruhte. Da das Streifenpostensystem als solches aber erlaubt sei, wie das Reichsgericht zu Leipzig ausgesprochen habe, so sei ein so allgemeines Verbot namentlich unter den obwaltenden Umständen ein Verstoß gegen § 152 der Reichsgewerbeordnung. Das Verbot sei auf Grund jener falschen Meldung erlassen; daß die Sicherheit, Bequemlichkeit etc. aus andern Gründen gefährdet erschienen wären, sei nicht festgestellt. So stehe das Urteil auch im Gegensatz zu einem vor wenigen Monaten erlassenen Urteil des Kammergerichts, wonach vom Richter festgestellt werden müsse, ob die Auffassung des Beamten objektiv irgend eine Grundlage hatte.

Das Kammergericht, unter Vorsitz des Herrn Lindenberg, verworft die Revision und führte u. a. aus: Es stehe wieder zur Entscheidung, ob das Gericht nachprüfen könne, daß die Wegweisung der Posten geeignet war, der Erhaltung der Sicherheit etc. zu dienen. Der Senat präzisieren seinen Standpunkt dahin: Es habe der Richter nur zu prüfen, ob die vom Sicherheitsorgan verlangte Maßnahme zur Erhaltung der Sicherheit getroffen sei, so daß die Nichtbefolgung von schändlichen und unsinnigen Aufforderungen nicht zur Verurteilung führen könne. Ob die Anordnung auch vom konkreten Gesichtspunkte aus praktisch sei, könne das Gericht nicht prüfen. Die Beamten hätten nun hier nach den Umständen ihrem Ermessen gemäß gehandelt, und etwas anderes habe der Polizeichef auch nicht verlangt. Ihr Vorgehen sei vollständig korrekt gewesen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Mürnberg. Unterzeichneter ersucht um Angabe der Adresse des Kollegen Georg Moser aus Sankt Martin (Oberösterreich), geb. am 12. Januar 1871. Derselbe hat an die Zahlstelle noch Pflichten zu erfüllen.
G. Klinger, Vertrauensmann.

Brandenburg. Dem Steinmetz Max Wendland, geb. am 5. Juli 1873 zu Blysch in Pommern ist sein neues Buch auszustellen, da derselbe von hier abreiste ohne sich abzumelden und sein Buch in Unordnung hier liegen ließ.
Otto Kuger, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Mürnberg. Georg Klinger, Friedrichstr. 13, Hinterh. II.
Hannover. H. Maschke, Kassierer, Mozartstr. 17, III. r.
Demitz-Thumitz. Karl Keil, Vertrauensmann, Bahnhofstr., Hermann Keller, Kassierer.
Konstanz a. Bodensee. Jakob Gutekunst, Braunnegasse 33.

Abrechnung vom 1. Juli bis 30. Sept. 1903.

Einnahme:	
Einnahmen an Beiträgen, Mat. u. Delegiertensteuermarken, Material, Diverjes, Abonnement und Inzerate des Steinmetzlers	35 788,87 Mk.
Ausgabe:	
Streifenunterstützung	8570,65 "
Reifenunterstützung	1447,80 "
Maßregelungsunterstützung	284,50 "
Rechtschutz	128,45 "
Umzugskosten	70, — "
Agitation	1940,74 "
Druckkosten	1742,25 "
Porto	721,90 "
Gehälter	1350, — "
Revisionen und Vorstandsstellungen	145,60 "
Bureau-Ausgaben (Miete u. s. w.)	147,25 "
Beitrag an die Generalkommission	300, — "
Beitrag an die Zentralkommission für Bauarbeiterchutz	80, — "
Internationales Sekretariat	20,30 "
Diverse Ausgaben (diverse Waren, Versicherungsbeträge, Zeitungen etc.)	252,54 "
Summa:	17 151,98 Mk.
Bilanz:	
Einnahme	35 788,87 Mk.
Ausgabe	17 151,98 "
Bestand	18 631,89 Mk.

Leipzig, im Oktober 1903. Felix Lange, Kassierer.

Quittung.

Gingegangene Gelder vom 28. September bis mit 4. Oktober 1903.
Bremen I, Eintrittsmarken 7,50, III. Qu. 30.—, Inzerat 1,20, Protokolle 5.—, Beitrag 6,70; Wismar, Beitrag 1,35; Berlin, IV. Qu. 1,20 (Hirtmann); Straßburg, Rest IV. Qu. 1902 8,20; Wenig-Radwitz, Inzerat 2,60, Beitrag 367.—, Sempel 0,75; Grünfeld, Beitrag 109,80, Eintrittsmarken 3.—, Matmarken 2,25, Delegiertensteuer 0,50, Inzerat 1,20, Broschüren 4,90, III. Qu. 10,20; Neudorf, Beitrag 100.—, III. Qu. 54.—, Inzerat 1,30, Eintrittsmarken 6,50, Delegiertensteuer 5,50; Sackisch, Beitrag 2,20; Emmendingen, Beitrag 64.—; Korbach, III. Qu. 3.—; Kofstodt, III. Qu. 16,80; Kothmeißling, IV. Qu. 2,40; Wittweida, Beitrag 112.—, Eintrittsmarken 5.—, III. Qu. 17,40; Böhmek, Beitrag 7.—, Delegiertensteuer 0,75; A. B., Beitrag 29,30; Halberstadt, Beitrag 32.—; Kiel, Inzerat 1,20; Langensalza, Beitrag 2,10; Warendorf, Beitrag 5,20; Schmölln, Beitrag 8,20; Rothenburg, Beitrag 42.—, III. Qu. 7,20, Delegiertensteuer 1.—; Cloppenburg, IV. Qu. 1,10; Nördlingen, Eintrittsmarken 10.—, Sempel 0,20, III. Qu. 1,80; Osterwald, Beitrag 145,60, Eintrittsmarken 12,50, Op. Ital. 7,50, IV. Qu. 29,40; Böbau, III. Qu. 29,40; Böhmek, Beitrag 1,70; Erfurt, Beitrag 108,60, Eintrittsmarken 3.—, Delegiertensteuer 3.—, III. Qu. 37,20; Aue, III. Qu. 23.—, Eintrittsmarken 2,50; Mühlberg, Beitrag 87,92, Eintrittsmarken 4.—, Delegiertensteuer 0,50, Matmarken 1,50, III. Qu. 6,60; Schönberg, Beitrag 5.—; Mannheim, Eintrittsmarken 1,50, Beitrag 102,08; Hohenau, III. Qu. 9.—, Beitrag 2,88; Neudorf, III. Qu. 6.—; Berlin I, Beitrag 678,75, Reifenunterstützung 1,20; Demitz-Thumitz, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 0,50, Beitrag 111,72; Oppach III. Qu. 4,80, Matmarken 5,50, Delegiertensteuer 5.—, Eintrittsmarken 3.—; Greiz, Beitrag 80.—, Eintrittsmarken 2,50, Matmarken 1.—, Delegiertensteuer 4,75, III. Qu. 4,20; Rappeltobek, III. Qu. 3,60; Zwickau, Beitrag 65,20, Eintrittsmarken 5.—, Matmarken 0,75, Delegiertensteuer 1,25, III. Qu. 24.—; Büchberg, IV. Qu. 3,60; Berlin, IV. Qu. 6,60 (Weber); Coburg, Beitrag 64.—, Delegiertensteuer 2,75, Matmarken 0,25, III. Qu. 7,20; Dortmund, Beitrag 33.—; Bittermar, Beitrag 64.—, III. Qu. 9,60, Erbsmarken 0,25; Nürnberg, Beitrag 126,75; Striegau, Beitrag 551,84, III. Qu. 117.—, Inzerat 3,80, Eintrittsmarken 29.—, Delegiertensteuer 24,75, Matmarken 0,50; Bensheim 5.— (Pongrat); Bayreuth, Beitrag 112.—,

III. Qu. 7,80, Eintrittsmarken 0,50, Matmarken 0,25, Delegiertensteuer 0,25, Protokolle 1.—; Lübeck, III. Qu. 9.—; Oberslesma, III. Qu. 3.—; Speyer, Beitrag 56.—, III. Qu. 4,20; Wandersleben, Beitrag 10.—, Eintrittsmarken 2.—, III. Qu. 3,20; Lahr, Beitrag 28.—, Delegiertensteuer 2.—; Hof, Beitrag 60,80, Matmarken 0,25, Eintrittsmarken 2.—, III. Qu. 4,20; Landau, Beitrag 28.—, Sempel 1,50, Hauptbuch 2,50, Eintrittsmarken 9.—; Kirchhausen, III. Qu. 1,80; Bunzlau, Beitrag 100.—, Inzerat 1,70; Ködnitz, Beitrag 224.—, Delegiertensteuer 50.—; Chemnitz, Beitrag 15.—, III. Qu. 21.—; Mühlhausen i. Th., Beitrag 110,40, Delegiertensteuer 1,75, Eintrittsmarken 0,50, Erbsmarken 0,25, III. Qu. 30.—; Greifswald, Beitrag 44,80, Eintrittsmarken 1,50, III. Qu. 2,40, Delegiertensteuer 0,25; Monsheim, IV. Qu. 0,90; Bremen II, Beitrag 96.—; Meissen, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 4,50, Erbsmarken 0,25, Delegiertensteuer 5.—; Helmstedt, Beitrag 0,90; Frankfurt a. O., Beitrag 19,52, Delegiertensteuer 0,25, Eintrittsmarken 0,50; Grimma, Beitrag 44,45, Delegiertensteuer 2.—, Matmarken 1,50, Eintrittsmarken 1,50, ? 15,08; Strehlen, Beitrag 188,72, Eintrittsmarken 5,50, Delegiertensteuer 3.—, III. Qu. 18,60; Hamburg II, Beitrag 40.—; Alsbach, II. Qu. 1,80; Bruchmühl, Beitrag 28.—; Magdeburg, III. Qu. 10,80; Einbeck, Beitrag 13,20; Neuenstein, III. Qu. 4,80, Inzerat 0,70, Beitrag 37,24, Protokoll 0,20, Hauptbuch 2.—, Eintrittsmarken 4,50, Sempel 3.—, Delegiertensteuer 1.—; Duisburg, Beitrag 7; Ebelshach, Beitrag 113,68, Eintrittsmarken 20.—, Delegiertensteuer 1,50; Colmar, Beitrag 45,76, Eintrittsmarken 1,50, Delegiertensteuer 0,50. Felix Lange.

Litterarisches.

Der Arbeiter-Nachkalendar auf das Jahr 1904 ist soeben erschienen. Die Ausstattung ist hübsch, vielseitig und dem Zwecke entsprechend, dem dieser Taschenkalender dienen soll. Der Kalender enthält auch die Photographien und kurze biographische Angaben der 81 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Dabei ist ein Irrtum unterlaufen; die Genossen Grünberg und Schulze sollen nämlich im 10. Wahlkreise gewählt sein. Soviel Aerger wollen wir den Gegnern in Sachen nicht bereiten, und gleich zwei „Kote“ in einem Kreise wählen. Tabellarisch veranschaulicht sind ferner die Reichstagswahlen 1903 im ganzen Reiche. Wir wünschen dem Kalender, dessen Anschaffung wir jedem Genossen empfehlen können, die weiteste Verbreitung.

Briefkasten.

Schreibersgrün. Das Nachzahlen geht noch. Im ersten Monat des III. Quartals habt Ihr 31, im zweiten und dritten 24 Exemplare. Bitte informiere Dich. — Wie sieht es überhaupt mit dem Bescheide der Amtshauptmannschaft?
Kaiserslautern. Nein, es sind bloß acht Wochen verrechnet worden.

Marktleschen. Das Reichsarbeitsblatt können wir nicht liefern. Bei Sendungen, die bloß 6 Nummern enthalten, ist es uns unmöglich, das Correspondenzblatt beizulegen. Erstens erhalten wir von der Generalkommission nicht so viel Blätter übermittelt, und zweitens kommt auch das Porto in Frage, denn bei 6 Exemplaren läßt sich kein Correspondenzblatt mehr zulegen, es müßten zwei Sendungen gemacht werden. Die nachbestellten Nummern sind vergriffen.

Hannover. Die Statistik wird zurückgestellt. Ein einfaches Bekanntgeben der nackten Zahlen soll vermieden werden, sondern an solchen Statistiken soll ein allgemeines Resümee über die Verbesserung oder Verschlechterung der örtlichen Verhältnisse gegeben werden, aber nichts von alledem ist in dieser Statistik enthalten.

Konstanz, St. Wendt Euch an die Gauleitung.

Anzeigen.

Steinmetz-Schule Zerbst Lehrpläne kostenfrei
Abgangsprüfungen
Der Besuch wird v. Verbands Deutscher Steinmetzgeschäfte empfohlen.
Regierungskommissar. Direkt.: Opderbecke, Prof.

Sehr lohnenden Verdienst kann sich jeder Hoch- u. Tiefbautechniker, Bauführer, Polier, Bauzeichner und sonstige Angestellte in bautechn. Betrieben auf vornehme Weise erwerben.
Off. an Ernst Kahl, Berlin, Luisenstr. 1, erb.

Berlin I.

Sonntag, den 11. Oktober, Vorm. 10 Uhr
Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal.
2. Vortrag des Genossen P. Grempe über Fortschritte in Beleuchtung und Heiztechnik.
3. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gaukonferenz des 3. Gaus

(Vorort Dresden).

Sonntag, den 11. Oktober, Vormittags 11 Uhr, findet in Demitz-Thumitz im Gasthof zum Sächsischen Reiter die Gaukonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Situationsbericht; 2. Organisation, Agitation; 3. Stellungnahme zum Verbandstag eventuell Anträge hierzu; 4. Antrag Horfa: Einführung einer Krankenkasse.

Die Gauleitung.

J. A.: Robert Seidel

Dresden, Volkshaus, Ritzbergstraße 2.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.